

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker

Lobeck's *Chocolade*

Marke: Dreiring

Fondant-Chocolade
Rahm-Chocolade
Bitter-Chocolade
Cacao per 1/2 Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2.3 u. 4 M.

per Tafel 50 St.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.

Begins-Gebühr
sicherlich für Dres-
den bei täglich ge-
mäßiger Zustellung (an-
sonst und Blättern
nur einmal) 1,50 M.,
durchausdrückliche An-
meldung bis 1.30 U.
Bei einmaliger Zu-
stellung durch die Post
1 M. (Einschlag).
Die von Dresden von
Dresden u. Umgebung
am Tage vorher ge-
schickten Abend-Blät-
tern erhalten die zus-
ätzliche Gebühr mit
der Morgen-Ausgabe
genommen zugeteilt.
Nachdruck nur mit be-
sonderer Genehmigung
(Druck, Nachdruck)
ist. — Unrechtmäßige
Vervielfältigung werden
nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Zerif.
Anzeigen von Anzei-
gen bis zum 1. Juni
3 Uhr, Sonntag nur
Wochenblätter bis zum
11 bis 10 Uhr. Die
einzeligen Anzeigen
(ca. 5 Zeilen) 30 Pf.,
Familien-Kartons
aus Dresden 25 Pf.;
die zweispaltige Zeile
auf 20 Pf., die
dreispaltige 1,50 M. — In
Nummern nach Sonn-
und Feiertagen die
einzelige Anzeile
30 Pf. Familien-
Kartons aus Dres-
den die Anzeile
30 Pf. — Ausdrückliche
Anzeige nur gegen
Vorauszahlung. —
Jedes Belegblatt kostet
10 Pf.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung von
Nüheraugen und Hornhaut

50 Pfennig. Versand nach auswärts.

Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Photo-Apparate
in allen Preislagen.
Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos.
Kgl. Sächs. Hoflieferant
Carl Plaul, Wallstraße 25.

Gartenschläuche
fabriert als
Spezialität
**Reinhardt
Leupold**
Dresden-A.
Wettinerstr. 11/20
Ecke Reinhardtstr.

Tele: 229 1890 3345
Alle vorläufige
Muster und Preise.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südostwinde, heiter, warm, trocken.

Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig die Einverleibung von Tolkewitz nach Dresden ab 1. Juli 1912.

Wegen den Vätermeister Max Schüye in der Kieferstraße in Dresden wurde gestern morgen von seinen Verblingen ein Raubmordversuch unternommen.

In Numa starb der Maler und Bildhauer Eduard Ludwig, Schöpfer zahlreicher Denkmäler in Sachsen.

Das Postschiff „3.“ tritt heute von Hamburg die Rückfahrt nach Friedrichshafen an.

Das portugiesische Kabinett hat endgültig seine Demission gegeben.

Bei Sundaall kollidierte der Dampfer „Angermannland“ mit dem Bagierdampfer „Styrboern“, der augenblicklich sank. Keun Mann der Besatzung der „Styrboern“ ertrank.

Die Reichsdama hat den Gesetzesentwurf über die Zulassung von Frauen zur Rechtsanwaltschaft angenommen.

In Petersburg hat gestern das internationale Kraftwagenrennen, das 20 Tage dauern wird, seinen Anfang genommen.

Der kubanische Aufstand hat einen sehr ernsten Charakter angenommen.

Der preussische Landtag.

Nach Aufarbeitung der Arbeitsrechte, wozu voraussichtlich die Sitzungen am 7. und 8. Juni ausreichen werden, wird eine Unterbrechung der Verhandlungen des preussischen Landtages, in diesem Jahre früher als sonst, eintreten. Die Vertagung steht unmittelbar bevor; am 22. Oktober, gleichfalls früher als sonst, weil eine Reihe wichtiger und schwieriger Gesetze der Verabschiedung harzt und weil der Versuch gemacht werden soll, die Staatsberatung bereits im Herbst in Angriff zu nehmen, sollen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. Die Session, die fünfte in der laufenden Legislaturperiode, dürfte im Frühjahr 1913 zu Ende kommen. Nicht allzu lange danach müssen die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus vorgenommen werden. Dadurch sowohl wie auch durch den Termin der Reichstagswahlen war die Geschäftsfrage in dem jetzt zu Ende gehenden ersten Sessionabschnitt wesentlich beeinflusst. Außer dem Etat konnte und sollte nur das Dringende und Notwendige erledigt werden. Dazu rechnen auch die ersten Lesungen der Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz, des Wasserregulierungsgesetzes und der Sparkassenverordnungen, die gegenwärtig Gegenstand kommissarischer Beratung sind und es zum Teil auch während der Sommerpause bleiben. Ein erschöpfendes Gesamtbild der Session wird sich daher erst in einem den Neuwahlen ziemlich nahen Zeitpunkt gewinnen lassen. Dann wird der Landtag voraussichtlich ein noch mehr geschäftlicher als quantitativ bedeutendes Arbeitspensum erledigt und damit, gerade im rechten Augenblicke, seinen alten Ruf, ein äußerlich sachlich arbeitendes Parlament zu sein, aufs neue bestätigt haben.

So sehr dieses Moment mit Rücksicht auf den Wahlkampf von Wichtigkeit, vom Standpunkte des wohlverstandenen Staatsinteresses eine gebieterische Notwendigkeit ist, so hat naturgemäß der erste Teil der Session unter den dadurch gegebenen Dispositionen zu leiden gehabt. Nur ein fertiges Gesetz von allgemeiner Bedeutung hat der Sessionabschnitt gebracht: das Besitzbefreiungsgesetz, das in den durch Nationalitätenkämpfe gefährdeten Landesteilen einen stärkeren Schutz des Deutschtums gewährleisten soll. Im übrigen war die Aufgabe des Landtages, insbesondere des Abgeordnetenhauses, zu den großen geschäftlichen Vorlagen zunächst allgemein Stellung zu nehmen und die Beschlüsse vorzubereiten, die am Schlusse der Legislaturperiode das Werk krönen sollen. Dabei wird sich besonders das kommende neue Einkommen- und Vermögenssteuergesetz als brauchbar und wertvoll erweisen können. Sicherlich wird ein guter Eindruck nicht ausbleiben, wenn dieses Gesetz den minderbemittelten Bevölkerungsklassen steuerliche Erleichterungen bringt und den Bedanken der steuerlichen Gerechtigkeit in Verbindung mit dem Grundgedanken eines angemessenen sozialen Ausgleiches erneut betätigt. Vor allem werden

die nicht selten trassen Unterschiede der steuerlichen Praxis bemängelt. Die weitgehende Berücksichtigung händlerischer und wirtschaftlicher Verhältnisse der Steuerpflichtigen bei der Veranlagung hat der verschiedenartigen Behandlung der Jeniten mit Einkommen unter und über 3000 Mark den Stachel der Unzufriedenheit und des Mißtrauens nicht nehmen können. In diesem entscheidenden Punkte soll die Novelle bessernd und veröhnend eingehen. Der besonders in der Arbeiterbevölkerung als ungerecht empfundenen Bestimmung, daß die Arbeitgeber über das Einkommen ihrer Angestellten bis zur Grenze von 3000 Mark Auskunft erteilen müssen, soll durch Heraushebung dieser Grenze und durch Beweisumschiebung an den Jeniten im Falle des Einspruches gegen einen Entscheid der Veranlagungskommission der Charakter des Ausnahmeregimes entzogen werden. Noch weit einschneidender, aber von allen denen, deren steuerpflichtiges Einkommen genau erfaßt wird, als besonders gerechtfertigt und begründet empfunden ist die Einführung von Gefängnisstrafen bei Steuerhinterziehungen. Nach den Beschlüssen der Steuerkommission, die nicht so weit gehen wie der Regierungsentwurf, würde neben der Verpflichtung zum Schadenerlass die Freiheitsstrafe nur in besonders schweren Fällen und erst im zweiten Uebertretungsfall Platz greifen können; im dritten Uebertretungsfall müßte sie verhängt werden. Die Staatsregierung veripricht sich von dieser Neuerung nicht eine wesentliche Steigerung des Gesamtsteuereinkommens, wohl aber erhofft sie von dem Gesetz eine Abmilderung der Gegensätze zwischen Stadt und Land, die jedesmal geistlich hervorgeteilt werden, wenn die Oppositionsparteien gegen die agrarische Regierung und die agrarische Mehrheit „zu Felde ziehen“.

Während das Schicksal dieses Gesetzes noch nicht entschieden ist, ist das Besitzbefreiungsgesetz im Plenum des Abgeordnetenhauses mit einer Zweidrittelmehrheit zur Annahme gelangt. Das Herrenhaus berät über diese Vorlage am 7. Juni, so daß ihre Erledigung alsbald erfolgen kann. Die Besitzbefreiung zur Stärkung des Deutschtums, die in den Provinzen Posen und Westpreußen durch Verwaltungsmassnahmen bewirkt wird, ist für die national gefährdeten Teile der Provinzen Ostpreußen, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein in der Weise gedacht, daß gemeinnützige Gesellschaften gebildet werden, welche das Besitzbefreiungsverfahren durchführen. Diese Gesellschaften sorgen dafür, daß der Besitz, der befreit werden soll, zunächst in das Eigentum des Staates übergeht und von diesem nach Regelung der Verschuldung mit einem Wiederkaufrecht an den bisherigen Eigentümer oder neuen Erwerber übertragen wird. Der wirtschaftliche Vorteil für den Vorkäufer besteht darin, daß er aus den Händen der verschiedensten Gläubiger befreit wird, billiger Zinsen zu zahlen hat und in der Regel nur der öffentlichen Anstalt, welche die erste Hypothek gewährt hat, und dem Staate durch Vermittlung der Gesellschaft, welche das Besitzbefreiungsverfahren betreibt, als Schuldner verpflichtet ist. Für die Zwecke des Gesetzes werden 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. In diese Vorlage ein neuer Beweis dafür, daß der preussische Staat in seinem Kampfe gegen die atropolnische Bewegung, die Spitze der slavischen Gefahr, nicht erlahmen, sondern das einmal begonnene deutschnationale Werk energisch fortsetzen will, so hat der Vertreter der Staatsregierung, der Landwirtschaftsminister Freier von Schorlemer, diese Willensmeinung noch unterstrichen, indem er im Bedarfsfälle schonende Anwendung des Enteignungsgesetzes zusagte und den ultramontanen Fanatikern vom Zentrum zu verstehen gab, daß ein einseitig konfessioneller Interessentendruck niemals die Entschlüsse einer verantwortlichen Regierung beeinflussen darf, und daß der preussische Staat, wenn er nicht sich selbst und die Monarchie ausgeben wolle, seine Diktandenpolitik fortsetzen müsse. Das war ein von selbstbewußter Kraft und entschlossenem Willen zeugendes Bekenntnis zu dem nunquam retrorsum des Ministerpräsidenten, und es ist überaus beachtend, daß dieses kraftvolle Wort nur auf die Partei seinen Eindruck verübt hat, die immer dann eine deutschfeindliche Taktik beobachtet, wenn die Regierung sich nicht gewillt zeigt, die Bedürfnisse und Angelegenheiten des Katholizismus höher zu stellen als den Staatszweck und das Staatsinteresse.

Dieses geschäftliche Ergebnis des ersten Sessionabschnittes wurde, was seinen Wert erhöht, in der Abwehr gegen die terroristischen Gewaltakte zuhause gebracht, mit denen die aus sechs Abgeordneten bestehende sozialdemokratische Gruppe das „Dreißtänderhaus“

nach anhen hin zu diskreditieren suchte. Unter allen Umständen wollten die Sozialdemokraten — und die fortschrittliche Volkspartei half ihnen getreulich dabei — die Einbringung einer neuen Wahlvorlage noch in der laufenden Session durchziehen, um sie bei den Neuwahlen des nächsten Jahres sofort erproben zu können. An der Debatte über die Wahlrechtsanträge, die sämtlich abgelehnt wurden, beteiligte sich die Regierung nicht, entsprechend der vom Reichstanzler im Reichstag abgegebenen Erklärung, daß eine Wiederholung des Versuches einer preussischen Wahlrechtsreform zurzeit nicht angehtig erscheint. Niemand wird es der preussischen Regierung verdenken können, wenn sie angesichts der völligen Verwahrlosung politischer Sitten innerhalb der Sozialdemokratie die Verantwortung für die Folgen einer Wahlrechtsänderung nicht übernehmen will. Das Verhalten der sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses spricht wahrhaftig nicht dafür, daß die Wahlen, in deren Sinn und Auftrag sie angehtig handeln, für ein gleiches Wahlrecht reif und seiner würdig sind.

Drahtmeldungen

vom 6. Juni.

Zum Besuch des bulgarischen Königs paares in Berlin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Könia von Bulgarien wird, wie das „A. T.“ von unterrichteter Seite erfährt, an seinen offiziellen Besuch einen kurzen Inkoognito-Aufenthalt anschließen. Der offizielle Teil des Programms wird sich in Potsdam abspielen. Da Könia Ferdinand das moderne Berlin selbst kennen lernen und als eifriger Naturforscher die wissenschaftlichen Institute und den Zoologischen Garten eingehend besichtigen will, wird er einige Tage inkoognito hier weilen.

Zum Befinden des Präsidenten Erffa.

Völnck. (Priv.-Tel.) Zum Befinden des erkrankten Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrmann v. Erffa, ist zwar eine leichte Besserung eingetreten, doch ist die Lage im Hinblick auf das Alter des Erkrankten immerhin als ernst, was auch schon daraus hervorgeht, daß die engeren Verwandten des Herrmann auf das Schloß telegraphisch gerufen worden sind.

Rückkehr des „3.“ nach Friedrichshafen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Das Postschiff „3.“ unternimmt heute seinen Ausfall, vielmehr wird der heutige Tag dazu benutzt, das Postschiff für die morgen in Aussicht genommene Rückfahrt nach Friedrichshafen vorzubereiten. Wahrscheinlich erfolgt der morgige Ausfall in aller Frühe.

Das Jahrhundertfest der deutschen Burdenschaft.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die deutsche Burdenschaft begeht im Jahre 1915 die Jahrhundertfeier, für die bereits Vorbereitungen getroffen werden. Das Jahrhundertfest soll am Pfingstsonntag 1915 mit einem Markttag in Aena eingeleitet werden. Es folgt eine Festversammlung im Jenaer Volkshaus und ein gemeinsamer Zug zur Tanne, wo die deutsche Burdenschaft gegründet worden ist. Weiter ist dem sportlichen Olympia anschließend Festspiele vorgesehen. Für den dritten Festtag ist eine Fahrt nach Eisenach nach Ferien am Burdenschafts-Festmal in Aussicht genommen. Ferner soll ein dauerndes Erinnerungszeichen in Gestalt einer Stiftung in Höhe von 30000 M. geschaffen werden, deren Verwendung für theoretische Arbeit in burdenschaftlichem Sinne, z. B. zur Unterstützung des Deutschtums im Auslande, der Nationalvereine usw., gedacht ist. Das Burdenschafts-Kostenanhang ohne Einrichtuna 70000 M.) soll womöglich noch vor dem Burdenschaftsjubiläum vollendet sein.

Unfall in den Bergen.

Jülich. (Priv.-Tel.) Im Grindelwaldgletscher trug sich gestern ein Unfall zu. Der junge Führer Christian Böhden hatte einen Fremden über den unteren Grindelwaldgletscher geleitet. Beim Niedergehen er den Gletscherwall überstiegen wollte, löste sich ein Felsstück los und Böhden fiel 40 Meter tief in die Spalte. Hilfe konnte noch rechtzeitig gebracht werden. Die Untersuchung ergab aber, daß Böhden auf beiden Unterarmen vollständig gelähmt ist.

Die Engländer im Mitteländischen Meer.

London. (Priv.-Tel.) „Daily Telegraph“ behauptet, aus einer wohlinformierten Quelle zu wissen, daß die ganze Frage der britischen Position im Mitteländischen Meer in alternativer Zeit von den englischen Kabinetten erörtert werden soll. Man will der Admiralität nicht in ihr Refort hineintreten und es ihr überlassen, die Flotte dort zusammenzuschieben, wo sie es für notwendig hält, aber auf der anderen Seite dürfen wichtige Fragen nicht übersehen werden. Viele Offiziere von hohem Einfluß seien der Ansicht, daß ein solcher Schritt, wie er von der Admiralität beabsichtigt werde, nur mit der äußersten Gefahr in der Nordsee entschuldigt werden könnte, und insbesondere wird